

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 7 (1939-1940)
Heft: 7

Artikel: Zur europäischen Lage
Autor: Salis, J.R. von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur europäischen Lage

Von J. R. von Salis

Zur Frage der Verantwortung am Kriege

In einem Schlussbericht über seine Berliner Verhandlungen versichert der britische Botschafter Sir Nevile Henderson, Hitler hätte sein Ziel auch ohne Krieg erreichen können, aber politischer Ehrgeiz und der Wunsch nach militärischen Erfolgen hätten ihn veranlasst, der kriegerischen Auseinandersetzung mit Polen den Vorzug zu geben.

Wie weit diese Schlussfolgerungen von der Bitterkeit beeinflusst sind, die der als deutschfreundlich bekannte und mit Feldmarschall Göring befreundete englische Diplomat über das Scheitern seiner Mission empfinden musste, sei dahingestellt. Die Geschichte wird nicht verfehlen, wie für frühere Kriege, so auch für den am 1. September 1939 entfesselten die Verantwortungen festzustellen. Allerdings: dass die Entscheidung über Krieg und Frieden in Berlin gefällt wurde, ist eine geographische, dass sie von Hitler gefällt wurde, eine biographische Tatsache. Dass ausserdem die polnischen Staatslenker für sich das Schicksal der Schuschnigg und der Hacha fürchteten, wenn sie zu Verhandlungen nach Berlin gereist wären, dürfte eine psychologische Tatsache sein. Aber eine Tatsache ist es auch, dass sowohl der französische als auch der britische Botschafter in Berlin die Reichsregierung wiederholt und nachdrücklich darauf hingewiesen haben, die Regierungen von Paris und London würden ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen, wenn Polen das Opfer eines Angriffs würde. So kam es, dass zwar Deutschland den Krieg gegen Polen eröffnet hat — wobei Reichskanzler Hitler vor dem Reichstag versicherte, er habe zwei Tage lang vergeblich auf die Ankunft eines bevollmächtigten polnischen

Unterhändlers in Berlin gewartet —, dass aber England und Frankreich am 3. September den Krieg an Deutschland erklärt haben, nachdem ihrer warnenden Aufforderung an die Reichsregierung, die deutschen Truppen aus Polen zurückzuziehen, nicht stattgegeben worden war.

Einige andere Momente werden ebenfalls bei einer Geschichte des Kriegsausbruchs in Betracht gezogen werden müssen. Vorerst das Moskauer Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Sowietunion vom 23. August, das mit einem Schlag Deutschland von der Sorge einer Einkreisung befreite und eine Aktion gegen Polen unter wohlwollender Neutralität Russlands ermöglichte. Dass von diesem Augenblick an, wie Henderson berichtet, die hohen Militärs Hitler zum Losschlagen drängten, klingt unter diesen Umständen durchaus glaubwürdig — umso mehr, als die fortschreitende Jahreszeit rasches Handeln gebot, damit nicht der polnische Herbstregen dem deutschen Vormarsch grosse Terrainschwierigkeiten entgegenseetze.

Sodann wird das Verhalten der fast diktatorisch regierenden polnischen Staats- und Heeresleitung in den letzten Jahren, Monaten und Wochen später kritisch untersucht werden müssen. Sie hat ein gewagtes, jedenfalls ein schwieriges Spiel versucht, seitdem Zaleski dem Obersten Beck die Leitung des Warschauer Aussenamtes abtreten musste. Gewagt war der Vertrag mit Hitler vom Januar 1934, gewagt der antitschechische Kurs, der bis zur Beteiligung Polens an der Zertrümmerung der Tschechoslowakei im Herbst 1938 führte, gewagt die kategorische Weigerung, mit Russland über eine Hilfeleistung zu verhandeln, nachdem im Frühjahr 1939 die deutschen Forderungen betreffend Danzig und den Korridor zu einem unheildrohenden Zerwürfnis zwischen Berlin und Warschau geführt hatten, gewagt vor allem die Theorien der polnischen Oberstengruppe und ihrer Publizisten, wonach Polen nicht zu den Verteidigern des status quo in Europa, sondern zu den revisionistischen und dynamischen Mächten gehöre — was zu unglücklichen Grossmachtträumen und Expansionswünschen führte, die mit den realen Machtverhältnissen und der militärischen Bereitschaft der Weichselrepublik in einem schreienden Missverhältnis standen. Es ist tragisch, dass der bewunderungswürdige Heldennut der polnischen Soldaten und der glühende Patriotismus

der polnischen Nation, den sich jedes freiheitliebende Volk zum Vorbild nehmen darf, vielleicht deshalb den raschen und blutigen Untergang von Staat und Heer nicht verhindern konnten, weil innen- und aussenpolitisch sowie militärisch von den regierenden Kreisen schwere Fehler begangen worden waren. Wir wollen uns vor so viel Leid, Blutvergiessen und Zerstörung in dem Geiste verneigen, der seinen Quell in der von alters her gepflegten, von Herzen kommenden Sympathie der freien Schweiz für das frei denkende und fühlende polnische Volk hat. Die begründete Kritik der angedeuteten Fehler dürfen wir füglich ruhigeren Zeiten überlassen. Wir wissen: das Volk der Poniatowski, der Kosciusko, der Mickiewicz, der Paderewski wird nicht untergehen. Jean-Jacques Rousseau schrieb nach der Teilung Polens einem polnischen Freund: „Ils peuvent vous avaler; faites en sorte qu'ils ne vous digèrent pas". Zwei Jahrhunderte haben bewiesen, dass die Polen einen solchen Rat nicht nötig hatten, um ihr nationales Unglück zu überstehen. Diejenigen aber, die nach ihrem Sieg den tapfer unterlegenen Gegner in schmähhlicher Weise beschimpften, haben sich selbst vor der Welt gerichtet.

Die Rolle Italiens.

Unter die retardierenden, aber nicht ausschlaggebenden Momente, die sich gegen den Ausbruch eines Krieges gestemmt haben, muss ohne allen Zweifel die Haltung der Regierung Italiens gerechnet werden. Es sind wenige Monate her, dass Mussolini das Wort sprach, es gebe in Europa keine Streitfrage, die einen Krieg wert sei. Er hätte sicherlich eine grössere Nachgiebigkeit der polnischen Regierung gewünscht, vermutlich aber auch eine geschmeidigere Diplomatie seines Berliner Achsenpartners nicht ungern gesehen, endlich eine weniger starre Haltung der Londoner und Pariser Kabinette begrüsst. Die Verlautbarung der Agentur Stefani über die Vermittlungstätigkeit der italienischen Diplomatie während der Augustkrise und ihr Scheitern scheint in ihrer reservierten Ausdrucksweise anzudeuten, dass Rom die Verantwortung am Ausbruch des Krieges nicht eindeutig der einen oder anderen Partei zuschieben will.

Der Unterschied zu 1914 ist bemerkenswert, denn damals begründete die italienische Regierung ihre neutrale Haltung mit dem Hinweis auf die Bestimmung des Dreibundvertrags, wonach Italien zur Hilfe an Deutschland und Oesterreich-Ungarn bloss verpflichtet sei, wenn diese angegriffen würden. Italien gab somit indirekt zu verstehen, dass es seine Verbündeten für den angreifenden Teil halte. Nun hat aber der zwischen Berlin und Rom im Mai 1939 abgeschlossene „Stahlpakt“ in Artikel 3 einen bedingungslosen Eintritt in den Krieg vorgesehen, falls der eine der beiden Kontrahenten in einen solchen verwickelt würde. Hitler, der den Krieg gegen Polen zu lokalisieren hoffte, hatte allerdings seinen römischen Verbündeten von Anfang an öffentlich dieser Verpflichtung enthoben. Italien vermied es seinerseits, obschon es dazu das Recht hatte, sich auf die *clausula rebus sic stantibus* zu berufen — denn der Stahlpakt vom Mai war aus dem Antikominternpakt hervorgegangen, den Deutschland einseitig durch seinen Russenpakt vom 23. August zerbrochen hat. Ob es richtig ist, wie behauptet wurde, dass Graf Ciano im Auftrag Mussolinis bei seinem Besuch in Berlin Hitler erklärt habe, Italien könne die deutsche Aussenpolitik nicht mehr unterstützen, seitdem sie ihre Grundsätze geändert habe, sei dahingestellt. Jedenfalls musste es auffallen, dass seit Kriegsbeginn die Ausdrücke „Achse“ und „Stahlpakt“ in Berlin und Rom aus dem politischen Vokabular verschwunden sind. Jedenfalls hat Italien eine rechtlich und politisch unanfechtbare Bewegungsfreiheit zurückgewonnen, von der es gegenüber Deutschland einen durchaus loyalen Gebrauch macht, während es andererseits seine Haltung sowohl gegenüber der Sowietunion als auch gegenüber den Westmächten in keiner Weise präjudiziert hat. Es konnte daher auch bedenkenlos die vom Vatikan ausgehenden, nicht selten polemischen Aeusserungen über das Schicksal Polens und die bolschewistische Gefahr hinnehmen, ja es liess der eigenen Presse einen gewissen Spielraum, verschiedene und oft völlig widersprechende Meinungen über das Kriegsgeschehen und namentlich das russische Vorgehen in Polen und im Baltikum zu drucken. Dem Papst und Franco wurde offiziell die Versicherung abgegeben, dass das fascistische Italien antikommunistisch sein und bleiben werde.

Am wertvollsten für Europa ist wohl der Beitrag Italiens zur

Neutralisierung und Sicherung der Donau- und Balkanstaaten. Auf eine Anregung Roms hin konnte Jugoslawien eine von Erfolg begleitete Aktion zur Versöhnung und Annäherung zwischen Ungarn und Rumänien einleiten. Gleichzeitig erfolgte eine Entspannung zwischen Italien und Griechenland, dem seit Ostern dieses Jahres die Gegenwart italienischer Truppen an der albanisch-griechischen Grenze Sorge bereitet hatte. Schwieriger erscheinen die nach der gleichen Richtung strebenden Bemühungen zur Beilegung der rumänisch-bulgarischen Differenzen, da ihnen der alte Anspruch Bulgariens auf Rückerstattung der Süd-Dobrukscha hemmend im Wege steht. Bulgarien ist der einzige der im letzten Weltkrieg besiegt oder benachteiligten Staaten, der noch keine einzige seiner territorialen Revisionsforderungen verwirklichen konnte. Wenn ihm der jüngst mit Jugoslawien geschlossene „ewige Frieden“ kaum mehr erlaubt, den Wunsch nach Rückerstattung von drei ehemals bulgarischen Kreisen zu äussern, und wenn die Türkei es schwerlich gestatten würde, dass Griechenland den Bulgaren einen Zugang zum ägäischen Meer in Dedeagatsch eröffnet, so hängen diese umso fester an der Hoffnung, dass ihnen die im Frieden von Bukarest 1913 zugefallene, von bulgarischen Bauern besiedelte, fruchtbare Süd-Dobrukscha einst überlassen werde. Rumänien müsste allerdings einen derartigen Präzedenzfall einigermaßen fürchten, da sich sonst allzuleicht Bewerber für das von Ukrainern besiedelte Bessarabien und für das ehemals zur Stefanskrone gehörige Siebenbürgen finden liessen.

Jedenfalls ist die ganze italienische Aussenpolitik seit Kriegsausbruch auf Verebnung der Gegensätze und Zusammenschluss der südöstlichen Staatenwelt gerichtet. Als Besitzer Albaniens ist es selbst eine Balkanmacht geworden, und die Version klingt nicht ganz unwahrscheinlich, dass Ciano in Berlin den europäischen Südosten samt Ungarn als zum italienischen Lebensraum gehörig bezeichnet habe. Dass ausserdem zwei andere Grossmächte — die Türkei und Sowietrussland — für jenen „Lebensraum“, den man auch das politische Nervenbündel Europas nennen könnte, lebhaftes Interesse besitzen, wird weiter unten noch erwähnt werden. Von der italienischen Politik dürfen wir von unserem Schweizer Standpunkt aus sicherlich sagen, dass uns ihr Fernbleiben vom Kriege, auch ohne formelle Neutralität, wertvoll

ist. Italien hat bis zur Stunde den Kriegsbrand von der Alpen- und Mittelmeergegend ferngehalten.

Sowietrusslands Drang nach Westen.

Die Folgen der deutsch-russischen Zusammenarbeit sind rascher eingetreten, als man erwarten konnte. Zwar erklärte Moskau, die Sowietunion bleibe im gegenwärtigen Krieg neutral — aber wenn nicht die Westmächte aus Gründen der politischen Opportunität alles zu vermeiden gewillt wären, was aus Russland einen Verbündeten Deutschlands machen könnte, wäre es kaum zulässig, den völkerrechtlichen Begriff der „Neutralität“ auf die russische Aussenpolitik anzuwenden. Denn indem es sich aktiv an der Teilung Polens beteiligte, mit Truppen die östlichen Woiwodschaften des polnischen Staates besetzte und diese im Einverständnis mit Deutschland annektierte, vollzog es eine feindliche Handlung gegen ein mit den Westmächten verbündetes Land. Diese können sich allerdings darauf berufen, dass sie Polen nur eine Garantie gegen einen deutschen Angriff gegeben haben. Ferner ist es auffallend, dass bei der neuen — der fünften — Teilung Polens Russland den Deutschen fast das gesamte, von polnischen Volksangehörigen besiedelte Gebiet überliess, während es sich selbst mit der Rückgliederung der Ostprovinzen begnügte, deren Bevölkerung mehrheitlich weissrussisch und ukrainisch-ruthenisch ist. (Eine Ausnahme bildet die an Russland gefallene Woiwodschaft Bialystok, die historisch und ethnographisch zweifellos polnisch ist).

Durch die Ueberlassung des Baltikums an Russland hat Deutschland auch an der Ostseeküste mit den letzten Resten der ehemaligen Friedensverträge aufgeräumt. Die Randstaaten Estland, Lettland und Litauen sind seit einigen Wochen fast nur noch russische Provinzen mit Selbstverwaltung. Die Rote Armee ist in solcher Stärke in diese Staaten eingerückt, um die von Moskau geforderten Flottenstützpunkte, Flughäfen, Inseln und Garnisonen zu besetzen, dass praktisch ein Widerstand dieser kleinen Völker gegen kommende Ukase der Sowietmacht-haber unmöglich ist. Es zeigte sich, dass mit dem Zusammenstürzen des polnischen Pfeilers das ganze Staatengebäude an der Ostsee einbrechen musste. Für die Litauer ist es ein ge-

ringer Trost, dass sie die hartnäckig verlangte Hauptstadt Wilna endlich erhalten haben, denn die Dankesschuld an die Sowietunion macht ihre Abhängigkeit von Moskau nur noch vollständiger.

Nicht uninteressant sind die Methoden, deren sich das kommunistische Russland bei diesen Besitzergreifungen bediente. In keinem Fall begründete oder propagierte es sie mit der Parole der Weltrevolution. Sondern es bediente sich der von Hitler im Fall Oesterreichs, Deutschböhmens, Memels und Danzigs erfolgreich gebrauchten Schlagwörter, als es die „unterdrückten Brüder“ weissrussischen und ukrainischen Volkstums in Ostpolen „befreite“. Es schien, als ob Stalin an die panslawistische Tradition der letzten Zaren und der damaligen russischen Publizisten anknüpfen würde. Gegenüber den Randstaaten war diese Parole nicht möglich, da es sich dort nicht um slawische Völkernschaften handelte. Bei formeller Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der Balten gab Stalin seiner Aktion den Anschein rein strategischer Forderungen. Darin ist er der Taktik Lenins treu geblieben, der die strategische Besitznahme und Beherrschung eines Territoriums als Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Sowietisierung empfahl. Diese ist zunächst erst in Polen und, wie es scheint, mit grossen Härten besonders in Ostgalizien durchgeführt worden.

Von höherer Warte betrachtet, hat der deutsche Drang nach Osten einem russischen Drang nach Westen gerufen. Wenn auch Deutschland seine Grenzen von 1914 durch rasche Angliederung der Provinz Westpreussen (des sogenannten „Korridors“), der Stadt Danzig, Posens und Oberschlesiens wiederherstellen konnte, wenn es auch zu den 11 Millionen Tschechen sich noch die Sorge für 18 Millionen Polen aufgeladen hat, so musste es diese letzte Revision des Versailler Vertrages teurer bezahlen als alle vorangegangenen. Gewiss: es hat von neuem die Tüchtigkeit und Schlagkraft der auferstandenen friderizianischen Armee unter Beweis gestellt — einer Armee, der Hitler die Milliarden für ihre Bewaffnung und obendrein die Begeisterung gegeben hatte. Aber nachdem er schon im Frühjahr die Besetzung Prags mit der Preisgabe der Volkstumsideologie bezahlt hatte, bezahlte er den Sieg über Polen mit dem Opfer der antikommunistischen Ideologie. Der Nationalsozialismus ver-

zehrt seine ideologische Substanz, wie er für die Aufrüstung die wirtschaftliche Substanz Deutschlands verzehrt hat. Was kann er der Ideologie des bolschewistischen Russland als moralischen Damm noch entgegensetzen? Und was wird das verarmte deutsche Volk auf die Dauer wirtschaftlich vor dem russischen voraushaben? Ist der Kommunismus etwas anderes als die Demokratie des Elends und die Religion der Enttäuschten?

Aber auch realpolitisch gesehen ist der polnische Feldzug ein teures Unternehmen gewesen. Denn im Grund haben der Versailler Vertrag und die nachfolgenden Verträge, die um 1920 zwischen Polen und den Randstaaten einerseits, der Sowietunion andererseits abgeschlossen wurden, den Sieg Deutschlands über Russland im vorigen Weltkrieg sanktioniert. Die Ideen Hindenburgs und Ludendorffs, die Grundsätze des von den Deutschen dem bolschewistischen Russland diktierten Friedens von Brest-Litowsk sind in der Hauptsache von der Entente übernommen worden. In der Hauptsache: nämlich das Zurückwerfen Russlands nach Asien, seine Vertreibung aus Polen, dem Baltikum und Finnland, die Schaffung von Pufferstaaten zwischen Deutschland und Russland. In den 20 Jahren, die seit Versailles vergangen sind, hatte Deutschland keine gemeinsame Grenze mehr mit Russland — sehr zu seinem Vorteil. Nicht weniger als fünf Pufferstaaten trennten die beiden Rivalen. Jetzt stehen die Russen wieder an der Grenze Ostpreussens, von der sie Hindenburg bei Tannenberg zurückgeworfen hatte. Selbst unter der Weimarer Republik und trotz den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags herrschte die deutsche Marine unumschränkt über die Ostsee bis hinauf in den finnischen Meerbusen. Jetzt ist die Bucht von Riga wieder von Russland gesperrt, das die ihr vorgelagerten Inseln Dagö und Oesel in seine Obhut nahm, und anstelle der bescheidenen Heere und der offenen Häfen Estlands, Lettlands und Litauens tritt die Rote Armee und werden russische Flottenstützpunkte und Maginotlinien entstehen. Deutschland hat Memel und Danzig zurückgeholt, Russland aber die lange Küste von Memel bis Leningrad. Selbst die nordischen Staaten werden von Deutschland dem russischen Druck überlassen. Russland erhalte drei baltische Gibraltar in der Ostsee, schrieb eine nationalsozialistische Zeitung mit seltsamer Befriedigung — nachdem

Deutschland zwanzig Jahre lang in der Ostsee kein Gibraltar in der Hand einer fremden Grossmacht geduldet hatte. Sprechen wir nicht von der Aussiedelung der Deutschen aus dem Baltikum — aber auch sie bedeutet das Ende einer jahrhundertealten deutschen Kolonisations- und Kulturarbeit, auf die die Norddeutschen mit Recht stolz waren. „Hitler ist der erste Deutschordensritter, der zum Rückzug bläst“, sagte Jean Girandoux. Vielleicht nur deshalb, weil er Versailles noch mehr hasste als die Komintern.

Deutschland zwischen Ost und West.

Man kann nie von einem Krieg im voraus sagen, wie er sein wird. Sein Gesicht ist jedesmal anders, auch seine Gebärden, selbst seine Stimme ist nicht immer gleich laut. Natürlich ist auch dieser ganz anders als der von 1914. Politisch stellte man sich das Schema von damals vor — lange glaubte man, Sowietrussland werde auf der Seite der Gegner Deutschlands sein. Militärisch hatte man blitzartige, furchtbare, totale Aktionen erwartet — was aber nur für Polen zutraf, während zwei Monate nach Kriegsausbruch noch kein deutsches Bauernhaus und kein französischer Kirchturm zerstört ist. Man dachte, die Flammen würden in allen Ecken auf einmal aufschliessen — aber nach einem einzigen Grossbrand im Osten glimmt die Glut im Westen unter einer tiefen Schicht Asche.

Es ist nichts als gerecht und objektiv, wenn hier nun auch jener grosse Vorteil erwähnt wird, den sich offenbar die deutsche Reichsregierung von ihrem Pakt mit Stalin versprochen hat. Diesen Vorteil erwartet sie auf wirtschaftlichem Gebiet. Der innige Zusammenschluss der deutschen Wirtschaft mit der russischen, die Ergänzung der deutschen Industrie und Technik durch russische Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte soll die Blockade illusorisch machen, die die Westmächte über Deutschland verhängt haben. Ein riesiger Wirtschaftskörper, der sich von Karlsruhe bis Wladiwostok durch die ganze Länge des eurasischen Kontinents erstreckt, ist berufen, die Seefahrt überflüssig und die Feindschaft mit der angelsächsischen Welt wett zu machen. Wir wissen nicht, ob unser Jahrhundert ausersehen

ist, solche Kontinentalträume zur blühenden Wirklichkeit gedeihen zu lassen. Aber man fragt sich, wie innerhalb der Frist, die jetzt und heute der deutschen Wirtschaft in ihrem Krieg mit England und Frankreich gewährt ist, die Verbindung zwischen Berlin und Moskau das Wunder einer unverzüglich wirk-samen wirtschaftlichen Zusammenlegung zeitigen soll.

Ausserdem müsste man den Beweis haben, dass Sowiet-russland seinerseits zu einem Konsortium mit dem Dritten Reich auf lange Sicht gewonnen wurde. Stellt sich für die Moskauer Machthaber, die so viel Realitätssinn und kluge politische Rechenkunst gezeigt haben, die Frage nicht eher so, dass sie aus der Verstrickung Deutschlands in einen Krieg mit den West-mächten möglichst viel Nutzen für sich allein ziehen wollen? Ist es ihnen nicht schon gelungen, das Gesetz des Handelns in Europa zu diktieren, nachdem es so lange von Berchtesgaden vorgeschrieben wurde? Nicht Stalin ist in den Berghof ge- kommen, sondern Ribbentrop ist zweimal in den Kreml ge- gangen. Und um den Gegenbesuch Molotows und Woroschilows in Berlin ist es wieder still geworden, seitdem in Polen die Regimenter Ernst Thaelmann und Karl Liebknecht die deutschen Regimenter in Brest-Litowsk und Lemberg abgelöst haben. Selbst ihre Handelsbeziehungen zu England hat die Moskauer Regierung durch ein Abkommen neu geregelt. Deutschland hatte der Angst der Westmächte vor einem Eindringen der Sowjets in Mitteleuropa das Abkommen von München und das Scheitern der englisch-russischen Paktverhandlungen vom vergangenen Sommer zu verdanken. Und nun hat Deutschland selbst den Russen das Mitspracherecht und noch viele andere Rechte dazu in einem geographischen Raum gewährt, der bis zum Pakt von Moskau als zu den Zielen der deutschen Aussenpolitik gehörig betrachtet wurde. Nicht Deutschland hat sich den Weg zu Ru- mänien gebahnt, sondern Russland, das Ostgalizien nahm. Nicht Deutschland lastet am meisten auf Ungarn, sondern Russland, das jetzt auf den Karpathen-Kämmen steht. Sollte es am Ende so sein, dass Deutschland im Westen von seinen Feinden, im Osten von seinem Freund blockiert ist? Dabei ist es für diesen Freund durchaus vorteilhaft, dass er bei seinem Drang nach Westen nicht mehr Lord Halifax und seine Sendboten um ihre

Erlaubnis bitten muss, sondern alles von Herrn von Ribbentrop zugestanden bekommt.

Für die Westmächte war die russische Drehung ebenfalls ein harter Schlag. Sie hatten 1918 und 1919 den nicht wiederkehrenden Vorteil, einen Frieden mit Deutschland schliessen und eine osteuropäische Staatenwelt unter vollständiger Ausschaltung Russlands schaffen zu können. Denn Russland war damals vom Krieg erschöpft und von der Revolution zerrissen. Inskünftig genügt es nicht mehr, von Paris oder London aus den Polen, Tschechen, Rumänen Land und Grenzen zu schenken — Russland wird einverstanden sein müssen. Selbst und gerade im Fall eines deutschen Zusammenbruchs — der übrigens in das Gebiet des Unwissbaren gehört — ist die Reorganisierung Ost- und Mitteleuropas ohne Mitwirkung Russlands für die Westmächte unmöglich. Russland hat es aber keineswegs eilig, den Franzosen und Engländern wieder ein Mitspracherecht an der Weichsel, am Schwarzen Meer, vielleicht nicht einmal in Böhmen einzuräumen.

Es ist nun einmal Wirklichkeit geworden, dass in jenem Ostraum, wo lange Frankreich durch Polen und die Kleine Entente ein *droit de regard* ausgeübt hat, vier andere Grossmächte stehen: Deutschland, Russland, Italien, die Türkei, die alle an der Gestaltung jenes Staaten- und Völkermosaiks zwischen Ostsee, Adria, Schwarzem Meer und Mittelmeer interessiert sind. Der maritime Aspekt der Frage spielt dabei eine grosse Rolle. Und maritim ist Deutschland von allen Interessenten am stärksten benachteiligt. Vom Brenner bis Albanien hat Italien einem deutschen, aber auch einem französisch-englischen Vorstoss in die Adria den Riegel vorgeschoben; in der Ostsee tat Russland ein Gleiches, ebenso an der Schwarzmeerküste; an den Dardanellen hält die Türkei Wache; im östlichen Mittelmeer herrschen England und Frankreich im Bündnis mit den Türken. Und gerade der Dreibund zwischen den Westmächten und der Türkei vom 19. Oktober 1939 zeigt, dass England und Frankreich nicht gesinnt sind, im Schwarzen Meer den Russen die Herrschaft streitig zu machen, sondern nur am Balkan und in Vorderasien den eventuellen Aspirationen anderer Mächte entgegenzutreten. Auch können England und Frankreich nur vom östlichen Mittelmeer und der Türkei aus



im Balkan intervenieren. Dort aber halten sich vorläufig die Grossmächte die Waage, so dass augenblicklich die gefährdetste Ecke unseres Kontinents die stabilste zu sein scheint. Jedenfalls ist die vor kurzem noch so lebhafte Tätigkeit politischer und wirtschaftlicher Art, die Deutschland in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien ausgeübt hat, ins Stocken geraten, weil seit Kriegsausbruch dort der deutsche Einfluss am russischen, aber auch am italienischen und türkischen Gegengewichte gefunden hat. Dass nunmehr das türkische Gegengewicht durch das Bündnis mit England und Frankreich eine besondere Bedeutung erlangt hat, ist offenbar, aber es kann sich von dort aus noch eine diplomatisch-strategische Partie entwickeln, die vielleicht Russland und Italien zum Verlassen ihrer bisherigen Haltung veranlassen könnte.

*

Es ist die Seltsamkeit des jetzigen Krieges, dass die militärischen Aktionen bis jetzt nicht die erste Stelle einnehmen, ja dass überhaupt der Krieg im Westen nie richtig aufgeflammt ist. Wir sagten es in diesen Blättern schon vor Kriegsausbruch: ausser einer Blockade gegen Deutschland ist den Engländern und Franzosen kein anderes Kampfmittel in die Hand gegeben — denn an eine Offensive gegen Rhein und Saar ist gar nicht zu denken. Die Westmächte konnten nichts anderes tun, als strategisch verankerte Massnahmen zur Drosselung der deutschen Wirtschaft zu ergreifen. Deshalb ist es auch nicht möglich, irgend etwas über den wahrscheinlichen Verlauf der Dinge auszusagen.